

KOMMENTAR

Zeit für Entscheidungen statt Dauerbaustellen

Die parlamentarische Sommerpause ist vorüber. Das heißt, es geht jetzt in einen neuen Herbst der Reformen – so zumindest unsere Hoffnung. Denn insgesamt, aber gerade auch innenpolitisch, stehen einige wichtige Projekte an, die endlich zu einem Abschluss gebracht werden müssen. Dazu gehören auch zwei unserer Dauerbaustellen: das Bundespolizeigesetz und das Bundesalimentationsgesetz ...

Andreas Roßkopf

Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Noch kurz vor der Sommerpause stand endlich im Bundestag die zweite und dritte Lesung über die lang erwartete Novelle des Bundespolizeigesetzes an. Für uns als GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll war schon lange klar: Dieses Update ist nach über 30 Jahren ohne grundlegende Reform mehr als überfällig. Unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen endlich Rechtssicherheit, die den digitalen und globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Umso froher waren wir, als das Gesetz diese Hürde genommen hatte. Dann jedoch folgte fast auf dem Fuße der nächste Dämpfer: In der dritten Lesung kam die erforderliche Kanzlermehrheit nicht zustande. Zur Erläuterung: Unter der Kanzlermehrheit versteht man gemäß Art. 63 II Satz 1 GG die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag, demnach die Stimmen von mehr als der Hälfte aller Abgeordneten. Dabei zählt die Gesamtzahl aller Sitze im Parlament und nicht nur die Zahl der anwesenden Abgeordneten. Ebendiese Mehrheit wurde nicht erreicht. Die Schlussabstimmung kann nach der politischen Sommerpause nachgeholt werden, jedoch ist der zuletzt beschriebene Zeitplan für die Lesungen im Bundesrat gefährdet. Wir hoffen nun sehr, dass dies möglichst schnell und reibungslos verläuft, so-

dass wir zum Jahreswechsel mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, der aus unserer Sicht nun bereits viele wichtige Bausteine anpackt, starten können. Was wir sehr begrüßen: Die Neuregelungen werden fünf Jahre nach Inkrafttreten evaluiert. Die automatisierte Erkennung von Gefahren und biometrische Detektion in Echtzeit betreffend ist eine Evaluierung bereits zwei Jahre nach Inbetriebnahme der Systeme vorgesehen. Gerade in diesem Bereich sehen wir noch weiteres Potenzial für Verbesserungen. Deshalb werden wir diesen Themenbereich ebenso wie das gesamte Gesetz weiterhin eng begleiten und für euch am Ball bleiben.

Die nächste Dauerbaustelle

Das Thema amtsangemessene Alimentation ist inzwischen für uns alle ein wahres Reizthema. Immer wieder neue Anläufe. Immer wieder verschoben. Laut Informationen des Bundesinnenministeriums soll es diesen Herbst aber wirklich so weit sein und das Bundesalimentationsgesetz soll endlich beschlossen werden. Bei aller gebotenen Skepsis stehen wir natürlich bereit: Sobald uns ein neuer Entwurf erreicht (bis zum Redaktionsschluss war das noch nicht der Fall),

werden wir diesen erneut detailliert juristisch durcharbeiten und unsere Fachmeinung einbringen. Im letzten Entwurf waren besondere Baustellen aus unserer Sicht vor allem die Nichtberücksichtigung der unterschiedlichen Kosten in unterschiedlichen Städten: Das Leben in Metropolen wird immer teurer, doch der Entwurf bietet hierfür keine individuelle Lösung. Statt die regional unterschiedlichen Lebenshaltungskosten auszugleichen, hält der Gesetzgeber starr an einer bundesweit einheitlichen Bezahlung fest. Wer in einer Hochpreisregion Dienst tut, hat am Ende des Monats faktisch weniger im Geldbeutel. Besonders schwer wiegt zudem der geplante Wechsel zum sogenannten Doppelverdienermodell. Künftig soll unterstellt werden, dass eine Partnerin oder ein Partner ebenfalls ein Einkommen erzielt – ein sogenanntes „fiktives Partnereinkommen“. Für die Beamtinnen und Beamten ist das ein Schlag ins Gesicht. Das Bundesverfassungsgericht fordert klare, verlässliche Berechnungen, die sich an der wirtschaftlichen Entwicklung orientieren. Mit diesem plötzlichen Modellwechsel entsteht der Eindruck, der Staat wolle sich aus seiner Verantwortung für eine angemessene Alimentation ziehen. Aus unserer Sicht wird er so der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht gerecht.

Fest steht: Ob Bundespolizeigesetz oder Bundesalimentationsgesetz – beide Vorhaben sind von zentraler Bedeutung für euren Arbeitsalltag und eure Zukunft. Deshalb werden wir die weiteren Beratungen eng begleiten, unsere Expertise weiterhin aktiv einbringen und uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass am Ende tragfähige Lösungen stehen, die den Anforderungen der Praxis ebenso gerecht werden wie euren berechtigten Erwartungen. ■



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll



MEHR ALS BETON UND FARBE

Liegenschaften als Frage der Wertschätzung

Verunreinigte Wasserleitungen, Schimmel, defekte Sanitäranlagen, tropfende Decken ... In meinen knapp zweieinhalb Jahren als erster Polizeibeauftragter wurde mir eindrücklich vor Augen geführt, was ich als Innenpolitiker nur erahnen konnte: Die Liegenschaften der Bundespolizei leiden vielerorts unter einem massiven Investitionsstau und befinden sich stellenweise in einem Zustand, der einer Polizeibehörde nicht würdig ist.

Uli Grötsch

Polizeibeauftragter des Bundes

Neben einigen Lichtblicken erlebe ich bei meinen Besuchen im gesamten Land, dass dieses Thema einen Schatten auf die so engagierte und kompetente Arbeit zahlreicher Bundespolizistinnen und Bundespolizisten wirft. Mein Amt wurde geschaffen, um strukturelle Probleme bei den Polizeien des Bundes zu untersuchen sowie den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei zu fördern. Als Ansprechpartner für alle Beschäftigten der Bundespolizei ist es mir ein Anliegen, dass jeder gerne zur Dienststelle fährt und unter guten Bedingungen seinen Dienst verrichten kann. Ich meine: Eine vernünftige und zeitgemäße Arbeitsumgebung ist das Mindeste, was sich jede und jeder von Ihnen erwarten darf! Viele von Ihnen wissen, dass der Zustand so mancher Liegenschaft getrost als „erbärmlich“ bezeichnet werden kann. Der Unmut vieler Kolleginnen und Kollegen ist für mich absolut nachvollziehbar. Ich werde als Polizeibeauftragter derartige Zustände nicht hinnehmen und meinen Beitrag dazu leisten, dass sich das spürbar bessert.

Negativbeispiele

Ein Negativbeispiel für mich ist etwa die Unterbringungssituation am Bahnhofsrevier in Fulda: Aktuell konnten wir gemeinsam mit dem örtlichen Bundestagsabgeordneten die Planungen für den Umbau des gesam-

ten Bahnhofs und einen damit verbundenen Interimsstandort des Bahnhofsreviers endlich in Bewegung setzen. Gleichzeitig hat sich aber der jetzige Zustand, nunmehr zusätzlich noch durch einen Wasserschaden, weiter verschlechtert.

Mit Blick etwa auf die Bundespolizeidirektion München wird deutlich, dass die Liegenschaftsprobleme teilweise so tiefgreifend sind, dass es nicht hinnehmbar ist, unseren Bundespolizistinnen und Bundespolizisten noch viel länger die Arbeit in maroden Liegenschaften zuzumuten: Die Errichtung der zur etappenweisen Sanierung der Direktion erforderlichen Ausweichgebäude dauert aus meiner Sicht, aktuell aufgrund fehlender personeller Ressourcen bei der örtlichen Bauverwaltung, zu lange.

Und nicht zuletzt sind mir die Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Bundespolizei eine Herzensangelegenheit. Dort erfahren zumeist junge Polizistinnen und Polizisten ihre Prägung und Motivation für ein ganzes Berufsleben. Die seit Jahren bestehenden Herausforderungen bezüglich des Um- und Ausbaus des Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrums Walsrode oder der Zustand zentraler Gebäude im AFZ Swisttal, um nur zwei Beispiele zu nennen, machen mich sprachlos. Mit Blick auf das AFZ Walsrode wurde mir in Aussicht gestellt, dass nun endlich Bewegung in die Errichtung eines Sportplatzes kommt. Nach meiner Kenntnis nach nunmehr 50 Jahren.

Im schlimmsten Fall droht ein Arbeitsausfall

Bemerkenswert ist, dass ich von Beschäftigten aller Hierarchieebenen mit den Sorgen um fehlende Unterkunftsgebäude oder um wiederkehrende Verlängerungen von Bauzeiten konfrontiert werde. Aufgrund der veralteten Bausubstanz und einer jahrelangen Verschleppung von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen droht bei einigen Dienststellen im schlimmsten Fall sogar ein Arbeitsausfall. Für mich sind das Alarmsignale und daher habe ich insbesondere in den letzten Monaten keine Möglichkeit ausgelassen, bei meinen Gesprächen in Ministerien, im Bundestag und mit der BImA den Handlungsdruck klarzumachen.

Bündelung des Liegenschaftsmanagements hat sich bisher nicht ausgezahlt

Die Bündelung des Liegenschaftsmanagements des Bundes in einer Hand, die im Jahr 2005 beschlossen wurde, hat sich für die Bundespolizei meiner Meinung nach bisher nicht ausgezahlt. Ganz im Gegenteil: Eine moderne Polizeibehörde wie die Bundespolizei braucht zwingend Strukturen, die sie nicht in ihrer Entwicklung behindern, sondern am besten zur Dynamik beitragen! Auch wenn die BImA einen Teil



der Liegenschaften bereits in desolatem Zustand übernommen hat, muss man feststellen, dass sie es weitgehend nicht geschafft hat, in den vergangenen zwei Jahrzehnten hieran etwas zu verändern. Ich setze mich daher auch mit Ideen auseinander, wonach das Liegenschaftsmanagement wieder näher an die Bundespolizei angedockt werden könnte. Vielleicht empfiehlt es sich, an geeigneter Stelle einige ausgewählte Bauprojekte auszukoppeln, um anhand von Pilotprojekten alternative Umsetzungsmöglichkeiten zu erproben, beispielsweise indem die Bundespolizei dort selbst als Bauherrin auftritt. In jedem Fall würde damit eine konkurrenzlose Stellung der BImA aufgebrochen. Eine weitere, bereits jetzt rechtlich vorhandene Möglichkeit, außerhalb gelernter Strukturen zu bauen, ist die Nutzung öffentlich-privater Partnerschaften. Ein positives Beispiel stellt hier der Neubau der Bundespolizeiinspektion Offenburg dar. Ein privater Unternehmer tritt hier als Bauherr auf. So konnte das Gebäude in nur 18 Monaten errichtet werden. Ein Erfolgsmodell, aber natürlich nicht auf alle Neubauten übertragbar.

Es bedarf einer Kraftanstrengung aller Beteiligten

In jedem Fall gilt: Die vereinzelte Instandsetzung von teils jahrzehntealten Gebäuden und die sporadische Behebung von Mängeln kommen an ihre Grenzen. Hier leidet nicht mehr nur die Infrastruktur, hier leiden die Beschäftigten vor Ort. In meinen Augen ist im Liegenschaftswesen dringend eine Kraftanstrengung aller Beteiligten erforderlich. In einem ersten Schritt habe ich mich vor allem für eine Vereinfachung der Wege eingesetzt. Die Abteilungen der Direktion Bundesbereitschaftspolizei beispielsweise sind sich in ihren Grundzügen ähnlich. Daher sollte sich hier – aber auch bei anderen Bauprojekten – die Planung der Konzepte der Bundespolizei, der BImA und der Bauverwaltungen an bereits erfolgreichen Baumaßnahmen orientieren. Nach meinem Verständnis darf es in der Praxis nicht für jedes Hundertschaftsgebäude Diskussionen um Anforderungen geben. Regional begründete Wünsche müssen hierfür auch zurückstehen können. Nur wenn alle am Bauwesen und Liegenschaftsmanagement beteilig-



Foto: Deutsche Bundestag/Inga Haar

Uli Grötsch ist seit März 2024 der erste Polizeibeauftragte des Bundes. Seine Aufgabe ist insbesondere, strukturelle Mängel und Fehlentwicklungen bei der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt und der Polizei beim Deutschen Bundestag aufzudecken und zu untersuchen. Nach dem Gesetz ist er Hilfsorgan bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle. Er ist in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Auch Polizeibeschäftigte können sich ohne Einhaltung des Dienstweges und auf Wunsch vertraulich an den Polizeibeauftragten wenden. Nähere Informationen unter www.polizeibeauftragter.de.

ten Akteure gewillt sind, zielgerichtet und möglichst unbürokratisch voranzukommen, kann es auch in den vorhandenen Strukturen schneller gehen. Nur so kann die Bundespolizei auch in herausfordernden Zeiten und bei kurzfristigen Bedarfen ihre Rolle rund um die Uhr professionell und routiniert erfüllen.

Keine Nebensache: zeitgemäße und funktionale Unterbringung

Ich bleibe an dem Thema dran und werde den Fortschritt von großen Baumaßnah-

men in den kommenden Monaten verstärkt beobachten und Stillstand mit Nachdruck hinterfragen. Die „Hyperbürokratisierung in den Köpfen“ mancher darf nicht zulasten der Beschäftigten der Bundespolizei gehen. Eine zeitgemäße und funktionale Unterbringung ist keine Nebensache. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für professionelle Polizeiarbeit, für die Sicherheit der Beschäftigten und für die Attraktivität der Bundespolizei als Arbeitgeberin. Dies werde ich auch weiterhin gegenüber dem Parlament immer wieder deutlich machen.

Ich bin dankbar, dies gemeinsam mit der GdP tun zu können! ■



AUFSTIEGS-BAFÖG

Mehr Unterstützung für deine berufliche Weiterbildung: Investition in dich – Investition in unsere Zukunft

Ob Meister, Fachwirt, Techniker oder eine vergleichbare Aufstiegsfortbildung – wer sich weiterqualifiziert, investiert in die eigene Zukunft. Gleichzeitig profitieren die Bundespolizei, das BALM sowie der Zoll von gut ausgebildeten und motivierten Beschäftigten.

Veronika Ziersch

Stellvertretende Vorsitzende GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Mit der geplanten Reform des Aufstiegs-BAföG werden die finanziellen Rahmenbedingungen für berufliche Aufstiegsfortbildungen deutlich verbessert.

Das ändert sich für dich

Mehr Förderung für Lehrgänge und Prüfungen: Die maximale Förderung steigt von 15.000 Euro auf 18.000 Euro.

Höhere Unterstützung für Materialkosten: Für ein Meister- oder Prüfungsstück können künftig statt 2.000 Euro bis zu 4.000 Euro gefördert werden.

Mehr Schuldenerlass nach erfolgreichem Abschluss: Bestehst du deine Prüfung, werden künftig 60 Prozent des Förderdarlehens erlassen – bisher waren es 50 Prozent.

Mehr Möglichkeiten durch Arbeitgeberförderung: Unterstützt dich dein Arbeitgeber bei den Weiterbildungskosten, wird diese Förderung künftig nicht mehr auf das Aufstiegs-BAföG angerechnet.

Was bedeutet das für dich?

Die finanzielle Belastung einer beruflichen Weiterbildung sinkt. Das schafft bessere Chancen,

- dich beruflich weiterzuentwickeln,
- neue Aufgaben zu übernehmen,
- deine Qualifikationen auszubauen,
- langfristig deine beruflichen Perspektiven zu verbessern.

Gerade für uns Tarifbeschäftigte in Zoll, BALM und Bundespolizei ist lebenslanges Lernen unverzichtbar. Verwaltung, Technik und Digitalisierung entwickeln sich stetig weiter – wir müssen die Möglichkeit haben, Schritt zu halten.

Das Gesetz soll am 1. August 2027 in Kraft treten – plane jetzt deine Karriereschritte.

Unsere Position

Wir begrüßen die Verbesserungen beim Aufstiegs-BAföG ausdrücklich. Weiterbildung darf kein Luxus sein. Wer bereit ist, Zeit und Engagement in seine berufliche Entwicklung zu investieren, braucht eine verlässliche finanzielle Unterstützung.

Für uns ist aber auch klar:

Weiterbildung endet nicht bei Förderprogrammen. Die Arbeitgeber sind gefordert.



Foto: AdobeStock #553617247/EkhardWito

- Qualifizierungen aktiv zu unterstützen,
- ausreichende Fortbildungsangebote bereitzustellen,
- Beschäftigte für Weiterbildungen freizustellen,
- berufliche Entwicklung transparent und planbar zu gestalten.

Denn gut qualifizierte Beschäftigte sind kein Kostenfaktor – sie sind die Grundlage für eine leistungsfähige Bundespolizei. Wir bleiben dran – für dich.

Wir setzen uns dafür ein, dass Tarifbeschäftigte die gleichen Chancen auf berufliche Entwicklung erhalten wie alle anderen Beschäftigten. Denn gute Arbeit braucht gute Perspektiven. ■



UPDATE KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG

Projektgruppe stellt Strategiepapier vor

GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Mit der Vorstellung des Strategiepapiers hat die Projektgruppe „Strategie Kriminalitätsbekämpfung“ den nächsten Meilenstein auf dem Weg zu einer professionelleren Kriminalitätsbekämpfung in der Bundespolizei erreicht.

Gemeinsam mit dem Strategiepapier sollten der Behördenleitung umfangreiche Vorschläge für begleitende Maßnahmen vorgelegt werden. Für Anfang August war ein weiteres Treffen mit der Projektgruppe geplant und die gewerkschaftlichen Gespräche sollten fortgeführt werden.

Hintergrund

Die Projektgruppe „Strategie Kriminalitätsbekämpfung“ hat in der Juli-Sitzung des Bezirkspersonalrats (BPR) den aktuellen Sachstand vorgestellt:

Seit Juni 2025 hat die Projektgruppe in einem bislang nicht dagewesenen Umfang die Arbeitssituation in der Kriminalitätsbekämpfung erhoben und gemeinsam mit den verantwortlichen Themenpatinnen und -paten analysiert.

Dazu wurden zahlreiche Experteninterviews, verschiedene Fachkonferenzen und Workshops, eine Vielzahl von internen und externen Befragungen, mehr als 2.000 Mitarbeiterbefragungen sowie Gespräche mit den Gewerkschaften durchgeführt.

Auf dieser Grundlage entstand ein umfangreicher Fundus an Informationen und Vorschlägen, den die Projektgruppe ausgewertet und analysiert hat.

Die Ergebnisse sind im Strategiepapier zusammengefasst, das kurz nach der BPR-Sitzung gemeinsam mit einem KI-Video auf der ILIAS-Plattform der Bundespolizei veröffentlicht werden sollte.

Darüber hinaus sollte der Behördenleitung ein umfangreiches Maßnahmenpaket für den Zeitraum 2026 bis 2028 vorgelegt werden. Dieses musste zuvor noch von



Symbolfoto: KI-generiert/AdobeFirefly #725373

den Präsidenten mit einem grünen Haken gekennzeichnet werden.

Kernaussagen der Vorstellung im BPR

- Der ganzheitliche Ansatz in der Bundespolizei soll bestehen bleiben.
- Es soll keine Kripo der Bundespolizei geben.
- Es soll keine D12 geben.

Darüber hinaus werden mögliche Probeläufe von KPI-Modellen in einzelnen Bereichen erarbeitet.

Dabei handelt es sich jedoch lediglich um einen Vorschlag von Maßnahmen. Ob und welche Maßnahmen letztlich umgesetzt werden, entscheidet die Behördenleitung. ■

KOLUMNE BEKLEIDUNG & AUSSTATTUNG

Aktueller Stand zur Bodycam in der Bundespolizei

Steffen Ludwar

Stellvertretender Vorsitzender
GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Wie ihr sicherlich bereits gelesen habt, wurde das Vergabeverfahren zur Beschaffung einer neuen Bodycam für die Bundespolizei erfolglos beendet. Kein Hersteller hat ein Angebot eingereicht, das sämtliche festgelegten Mindestanforderungen der Bundespolizei erfüllen konnte.

Nun soll ein neues Vergabeverfahren mit angepassten und teilweise reduzierten Anforderungen auf den Weg gebracht werden. Für unsere Kolleginnen und Kollegen bedeutet dies leider auch, dass das derzeit eingesetzte Modell SI 500 voraussichtlich noch einige Zeit länger genutzt werden muss.

Für uns steht fest: Der Schutz der Einsatzkräfte darf durch weitere Verzögerungen nicht gefährdet werden. Wir werden das neue Vergabeverfahren weiterhin kritisch begleiten.

Sobald uns neue und belastbare Informationen vorliegen, werden wir euch selbstverständlich umgehend informieren.

Noch Fragen? Dann schreibt uns. ■



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll



1. TARIFFORTBILDUNGSTAG DER BPOLD STUTTGART – BETREUUNG DURCH DIE GdP-DIREKTIONSGRUPPE BADEN-WÜRTTEMBERG

Premiere geglückt

Ines Rilling

Was lange währt, wird endlich gut: Fast ein Dreivierteljahr Planung verging von der ersten Idee bis zur feierlichen „Geburt“ unseres neuen Herzensprojekts. Am 9. Juli 2026 war es dann so weit: Der allererste Tariffortbildungstag, exklusiv organisiert für die Tarifbeschäftigten, feierte seine erfolgreiche Premiere. Insgesamt 21 Kolleginnen und Kollegen der BPOLD S folgten der Einladung und verwandelten die Räumlichkeiten des Sachbereichs Aus- und Fortbildung in ein lebendiges Wissenszentrum.

Das Konzept: Fortbildung à la carte

Grau ist alle Theorie? Nicht bei uns! Die Teilnehmenden konnten ihr Tagesprogramm ganz individuell wie an einem Buffet zusammenstellen. Unterstützt von fünf engagierten Lehrkräften gab es ein maßgeschneidertes Programm, das sowohl den Kopf als auch den Körper forderte:

Für den Kopf: wichtige Updates zur Korruptionsprävention und spannende Einblicke in aktuelle Tarifthemen (wie das heiß diskutierte „Zeit-statt-Geld-Modell“).

Fürs Miteinander: praktische Tipps zur Deeskalation und Kommunikation bei Konflikten am Arbeitsplatz.

Für den Körper: eine aktive Bewegungseinheit und Progressive Muskelentspannung – die perfekte Balance zum grauen Büroalltag.

Begeisterung in O-Tönen

Dass der Tag ein voller Erfolg war, zeigten nicht nur die gute Stimmung vor Ort, sondern auch das fantastische Feedback der Teilnehmenden. Hier ein kleiner Auszug:

„So macht die Teilnahme an Fortbildungen noch viel mehr Spaß!“

„An so vieles wurde gedacht und alles war super vorbereitet.“

„Module, Organisatorisches, Verpflegung – alles prima!“

„Großes Lob und weiter so!“



Foto: GdP/Ines Rilling (4)



Ein starkes Team im Hintergrund

Ein solches Event stemmt man nicht alleine. Die DG Baden-Württemberg unterstützte und begleitete diesen Tag mit Tagungsversorgung. Leckere Brezeln, Käse und Pfefferbeißer zum Mittag sowie Obst und Süßigkeiten rundeten das „echte“ kulinarische Buffet ab.

Blick nach vorn

Nach diesem grandiosen Auftakt sind wir uns einig: Das schreit nach einer Wiederholung!

Wir hoffen sehr, dass wir mit der Unterstützung unserer DG BW und allen anderen Beteiligten auch im nächsten Jahr wieder einen exklusiven Fortbildungstag auf die Beine stellen können. ■



EHRUNG

40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP

Sandra Neudert

Ein besonderes Jubiläum konnte Uli „Uli“ Schmidt begehen: Seit 40 Jahren ist er nun schon Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei. Damit blickt er nicht nur auf eine langjährige Verbundenheit zurück, sondern auch auf eine bewegte und vielseitige Laufbahn innerhalb der Bundespolizei.

Seinen Dienst im damaligen Bundesgrenzschutz begann Uli als Polizeiwachmeister – Anwärter im Jahr 1978 in der GSA A Mitte 2 in Alsfeld. Nach erfolgreicher Ausbildung führte ihn sein Weg zunächst nach Fulda. Bereits 1985 kehrte er zu seinen Anfängen nach Alsfeld zurück, wo er im ersten Dienstjahr als Gruppenführer eingesetzt wurde.

Seine berufliche Laufbahn war geprägt von vielfältigen Verwendungen und besonderen Einsätzen. So war er unter anderem im Rahmen einer Tätigkeit für die Lufthansa sieben Monate mit seiner Familie in Valencia tätig.

Mit der Reform im Jahr 1998 und der damit verbundenen Auflösung des Standortes Alsfeld wechselte Uli zur Bundespolizeiinspektion Gießen.

Dort war er zunächst im Kontroll- und Streifendienst tätig, später in der Einsatzfahndungsgruppe und schließlich im Ermittlungsdienst. Uli war in seiner polizeilichen Tätigkeit ein absoluter Einsatzmensch – gerade der vielfältige Aufgabenbereich in der Fahndungsgruppe entsprach ihm wie kaum eine andere Tätigkeit.

Seine internationale Affinität blieb ihm stets erhalten. Von 2003 bis 2005 nahm er für insgesamt 14 Monate an einer EU-Auslandsmission teil. Diese Zeit bezeichnet er selbst als besonders prägend, da zu dieser Zeit auch die schwersten Unruhen im Kosovo – das sogenannte Märzpogrom – stattfanden.

Auch gewerkschaftlich zeigte Uli früh Engagement. Bereits 1985 trat er in die GdP ein und brachte sich später aktiv als Vertrauensmann ein. Heute genießt er seinen Ruhestand im Kreis seiner Familie. Haus,

Garten und vor allem Zeit mit seinen Enkelkindern stehen im Mittelpunkt. Aber auch die Reiselust nimmt einen großen Teil in seinem Leben ein. Der asiatische Raum fasziniert ihn und seine Lebensgefährtin besonders – vor allem die Menschen und die Kultur.

Seine Jubiläumsurkunde und ein Gut-schein von Amazon wurden ihm von Sandra Neudert im Namen der GdP-Kreisgruppe Kassel übergeben. Wir wünschen dir, Uli, weiterhin viel Gesundheit und dass du noch viele schöne Momente mit deiner Familie und auf Reisen erleben kannst. ■



Foto: GdP/Sandra Neudert



GdP WM-TIPPSPIEL

Drei der Preise schon übergeben

Heiner Dallmann, Lydia Stein und Enrico Brescak

In Münster konnte am 23. Juli 2026 ein zweiter Preis für das WM-Tippspiel des GdP-Bezirks Bundespolizei | Zoll zur FIFA-Fußball-WM 2026 an den glücklichen Gewinner Udo Steinert aus dem Ermittlungsdienst der BPOLI Münster übergeben werden (Foto oben links). Wie auch im dienstlichen Leben hatte Udo den richtigen Riecher und gab fast nur perfekte Tipps ab. Udo freut sich über einen 500-Euro-Reisegutschein der GdP-Reiservice GmbH. Der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Bundespolizei NRW-Nord, Heiner Dallmann, freut sich, ein Mitglied mit so viel Fußball-Sachverstand in den eigenen Reihen zu wissen. Toll, Udo, herzlichen Glückwunsch.

Auch der Gewinnerin des 1. Platzes beim GdP-WM-Tippspiel, Melanie Windsch, konnte bereits das tolle Geschenk überreicht werden (Foto unten). Sie hat sich sehr gefreut.

Frank Zeidel konnte sich sogar zweimal freuen: Beim Fußball-WM-Kicktipp der GdP-Direktionsgruppe Hannover konnte er sich den 1. Platz sichern. Und auch beim Tippspiel des Bezirks war Frank erfolgreich. Sein Gewinn: Eintrittskarten für ein Heimspiel von Borussia Dortmund.

Überreicht wurden die Tickets durch den DG-Vorsitzenden Magnus Post (Foto oben rechts). Lieber Frank, wir gratulieren dir herzlich zu diesem tollen Erfolg und wünschen dir viel Spaß im Stadion, ein spannendes Spiel und natürlich einen unvergesslichen Fußballabend. ■



Foto: GdP/Heiner Dallmann



Foto: GdP-Direktionsgruppe Hannover



Foto: GdP-Kreisgruppe BPOLAK

DP – Deutsche Polizei
Bundespolizei | Zoll

ISSN 0949-2836

Geschäftsstelle
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
Telefax (0211) 7104-555
www.gdp-bundespolizei.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Simone Krummen (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
info@gdp-bundespolizei.de

Saskia Galante
Telefon (0211) 7104-514
galante@gdp-bundespolizei.de

Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität aller Inhalte trotz sorgfältiger Prüfung ohne Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel gekürzt und redigiert zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen in der Verantwortung des Autors. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise, nur mit expliziter Genehmigung.